

Startseite

Nachrichten

Wetter

Verkehrslage

Politik

Wirtschaft

Kultur

Wissen

Panorama

Computer

Service

Sport

WDR Regional

Politik bei WDR.de

Walsums letzter Azubi
NRW-SPD kämpft um
MehrheitsfähigkeitFaruk Sen verteidigt
sichEin Zeugnis für die
LandesregierungVerbraucherschutz
wurde geprüft

Impressum

Kontakt

Multimedia

Fotoalbum

Quiz & Spiele

Webcams

Videotext

Lernzeit

Planet Wissen

Newsletter & RSS

Wichtiger Hinweis:

Sie sehen eine Archivseite von WDR.de. Diese Informationen sind möglicherweise nicht mehr aktuell und geben den Stand des Veröffentlichungstages wieder. Aktuelle Informationen finden Sie stets auf unserer [Homepage](#).

Politik > WDR.de > Politik

Vor 35 Jahren: Versuchte Entführung von Kurt Lischka Beate Klarsfeld jagte SS-Mann in Köln

Von Dominik Reinle

Kurt Lischka war maßgeblich für die Juden-Deportation aus Frankreich verantwortlich. Dennoch lebte er unbehelligt von der deutschen Justiz in Köln. Für "Nazi-Jägerin" Beate Klarsfeld ein Skandal. Deshalb wollte sie den früheren SS-Mann am 22. März 1971 entführen.



Vor geplanter Entführung gefilmt: Kurt Lischka

Das Wetter an diesem Montagmorgen im Jahr 1971 ist kalt und regnerisch. Es ist sieben Uhr, als die "Klarsfeld-Bande", wie die Gruppe später in den Medien genannt wird, vor einem Haus an der Bergisch-Gladbacher

Straße in Köln-Holweide Position bezieht. Dort wohnt der ehemalige SS-Obersturmbannführer Kurt Lischka. Beate Klarsfeld und ihr Mann Serge warten zusammen mit drei Juden, die sie wenige Wochen zuvor in einem Restaurant kennen gelernt haben. Den drei Männern ist Lischkas Gesicht aus einem kürzlich gedrehten Film bekannt, den die Klarsfelds ihnen vorgeführt haben. Ihr Plan: Sie wollen Lischka mit Chloroform betäuben, im Mietwagen über die Grenze schaffen und in seine ehemaligen Diensträume in Paris bringen. Dort soll er vor der Weltpresse der französischen Justiz übergeben werden.

Für die Deportation von 76.000 Juden mitverantwortlich



Die Opfer: Juden werden aus Frankreich deportiert

Bereits fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ist Lischka in Frankreich in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt worden. In der Zeit von November 1940 bis Oktober 1943 war er nicht nur Kommandeur der Sicherheitspolizei (Sipo) und des Sicherheitsdienstes der SS (SD) in Paris, sondern auch Hauptverantwortlicher der Gestapo in Frankreich. Als "Schreibtischtäter"

gehört der promovierte Jurist zu den Hauptverantwortlichen, die rund 76.000 Juden aus Frankreich in die Vernichtungslager deportiert haben. Bereits 1938 war er in Berlin Chef des "Judenreferats" der Gestapo für das ganze Reich und verantwortlich für die ersten Massenverhaftungen nach der Reichspogromnacht. Seine Vorgesetzten bescheinigten ihm damals: "Wille: zäh, Charakter: aufrecht, nationalsozialistisches Weltbild: gefestigt". Von Januar bis Oktober 1940 war Lischka Leiter der Gestapo in Köln.

Ein Bahnpolizist greift ein - die Aktion misslingt

Kurt Lischka verlässt am 22. März 1971 das Haus um 7.25 Uhr, um mit der Straßenbahn in die Kölner Innenstadt zu fahren, wo er als Prokurist eines Getreidegroßhandels arbeitet.

Wie verabredet hebt Beate Klarsfeld beim Erscheinen von Lischka ihre Fellmütze. Das Zeichen für den Zugriff. Doch weil bereits zu viele Passanten unterwegs sind, wird die Aktion abgebrochen. Beate Klarsfeld hat Lischkas Tagesablauf auskundschaftet und weiß, dass er seine Mittagspause zu Hause verbringt. Um 13.25 Uhr kommt er wieder an der Haltestelle Maria-Himmelfahrt-Straße an. Serge Klarsfeld und ein Komplize fassen Lischka unter die Arme und zerran ihn zum Auto. Ein dritter Mann schlägt mit einem Schlagstock auf Lischkas Kopf ein. Doch die Entführer haben die Kraft des fast zwei Meter großen Mannes unterschätzt. Der 61-Jährige wehrt sich und ruft laut um Hilfe. Als sich ein zufällig anwesender Bahnpolizist einmisch, ergreifen die Klarsfelds und ihre Unterstützer die Flucht.

"Der Entführungsversuch brachte die Sache ins Rollen"

"Wir waren zu unprofessionell, wir waren nicht der Mossad", sagt Beate Klarsfeld rückblickend im [Interview](#). Schon die Anmietung des Fluchtwagens sei schief gelaufen. Weil sie zu spät zur Übergabe des vorbestellten Vier-Türers erschienen seien, hätten sie sich mit einem Coupé begnügen müssen. "Aber immerhin: Durch den Entführungsversuch hatten wir die Möglichkeit, die Sache ins Rollen zu bringen."



Blickt zurück: Beate Klarsfeld

Nach der Tat fährt Beate Klarsfeld nach Paris zurück, wo die damals 32-jährige Berliner seit 1960 wohnt. Doch der erhoffte Aufruhr in den Medien über das straflose Leben Lischkas bleibt aus. Deshalb informiert sie die deutsche Presse und übernimmt die Verantwortung für die Tat. Sie kündigt an, noch über 300 weitere unbestrafte Kriegsverbrecher entführen zu wollen. Zwar wird dadurch eine Flut von Artikeln ausgelöst, aber Lischka bleibt weiterhin auf freiem Fuß. Dafür erlässt das Kölner Amtsgericht Haftbefehle gegen die Klarsfelds.

Beate Klarsfeld stellt sich den deutschen Behörden

Am 1. April 1971 taucht Beate Klarsfeld unangemeldet bei der Kölner Staatsanwaltschaft auf. Zusammen mit dem Deportierten Raphael Feigelsohn, der KZ-Kleidung trägt, übergibt sie dem Staatsanwalt Dokumente über Lischkas Vergangenheit. "Ich sagte ihm: Ich bringe Ihnen Beweise über Lischkas Rolle in der Nazi-Zeit", erinnert sich Beate Klarsfeld. "Wenn Sie Lischka nicht festnehmen, dann müssen Sie mich festnehmen." Ihr Kalkül geht auf: Sie kommt für gut zwei Wochen in Untersuchungshaft und wird angeklagt, was internationale Proteste hervorruft. Beate Klarsfeld nutzt das öffentliche Interesse für ihre Botschaft: Nicht ihr Entführungsversuch sei der Skandal, sondern die andauernde Straffreiheit von NS-Verbrechern.

Kein Prozess in Deutschland, keine Auslieferung nach Frankreich



Druck machen: Protest gegen Strafflosigkeit

Während der Vorbereitung auf ihren [Prozess](#) treibt Beate Klarsfeld ihre Kampagne weiter voran. Regelmäßig reist sie mit Demonstrantengruppen aus Paris zu Protestaktionen nach Deutschland. Mit dabei sind hauptsächlich die mittlerweile erwachsenen Kinder der aus Frankreich deportierten Juden. Beate Klarsfeld will erreichen, dass die Rechtslage, die als

Begründung für Lischkas Strafflosigkeit dient, geändert wird. Denn nach deutscher Lesart lässt der 1955 in Kraft getretene ["Überleitungsvertrag"](#) zwischen der Bundesrepublik und den drei Westmächten ein deutsches Verfahren gegen Lischka nicht zu. Die Begründung: Paragraph drei verbiete es deutschen Gerichten, eine Person zu verfolgen, wenn ein alliierter Gericht bereits abschließend gegen sie geurteilt habe. Auch eine Auslieferung des deutschen Staatsbürgers Lischka an Frankreich kommt nicht in Frage. Das verbietet das deutsche Grundgesetz.

Bundestag stimmt nach Jahren "Lex Klarsfeld" zu

Um dieses Dilemma zu beseitigen, haben sich zwar die deutsche und die französische Regierung bereits am 2. Februar 1971 auf ein Zusatzabkommen geeinigt, das auf eine Initiative der Kölner Staatsanwaltschaft aus dem Jahr 1966 zurückzuführen ist. Doch der Bundestag verzögert die Zustimmung Jahr um Jahr. Hauptverantwortlich für die Verschleppung ist der FDP-Abgeordnete [Ernst Achenbach](#) aus Essen, wie Marc von Miquel im Buch "Karrieren im Zwielicht" von Prof. Norbert Frei schreibt.



Verstrickt: Ernst Achenbach

Achenbach sitzt als Berichterstatter im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, wo er für das Zusatzabkommen zuständig ist. Wie Serge und Beate Klarsfeld recherchiert haben, ist Achenbach selbst in die Deportation von Juden aus Frankreich verstrickt. Der Druck der Klarsfeld-Kampagne führt dazu, dass Achenbach von seinem Berichterstatter-Posten zurücktreten muss.

Im Januar 1975 ist es dann doch soweit: Beate Klarsfeld ist im Bundestag dabei, als das Zusatzabkommen ratifiziert wird. Der in den Medien als "Lex Klarsfeld" bezeichnete Vertrag macht den Weg frei für den Lischka-Prozess. Um die Eröffnung des Verfahrens zu beschleunigen, organisiert Beate Klarsfeld erneut spektakuläre Aktionen in der Bundesrepublik. In Köln werden mehrmals die Scheiben des Lischka-Büros eingeworfen.

Lischka-Dokument: "Von mir angeordnete Sühnemaßnahme"



Zu zehn Jahren Haft verurteilt: Kurt Lischka

Im Oktober 1979 werden schließlich neben Lischka auch seine früheren SS-Kollegen Herbert Hagen und Ernst

Heinrichsohn vor dem Kölner Landgericht angeklagt. Rechtsanwalt Serge Klarsfeld vertritt mehrere Hundert Hinterbliebene als Nebenkläger. Er hat Dokumente zusammengestellt, die die Beteiligung der Angeklagten an den Transporten in die Vernichtungslager beweisen. In einem von Lischka im Februar 1943 unterzeichneten Bericht mit dem Titel "Endlösung der Judenfrage in Frankreich" heißt es: "Die französische Polizei hat in Durchführung einer von mir angeordneten Sühnemaßnahme die Festnahme von 2.000 Juden (...) veranlasst." Während Lischka nur zu seiner Person aussagt, behaupten die anderen beiden Angeklagten, nicht gewusst zu haben, was mit den von ihnen Deportierten in Auschwitz geschehen würde.

Im Februar 1980 spricht die Kammer alle drei Männer schuldig. Lischka wird zu zehn Jahren Haft verurteilt. Hagen muss für zwölf Jahre und Heinrichsohn für sechs Jahre hinter Gitter. "Das war das höchste, was sie in diesem Rahmen bekommen konnten", sagt Beate Klarsfeld. "Für uns war es eine große Befriedigung, dass unsere Arbeit Erfolg hatte. Für die Opfer war es eine Genugtuung zu merken, dass ihr Engagement etwas bewirkte."

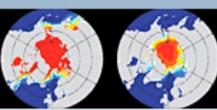
Die [Quellen](#) dieses Textes.

Mediathek regional



Videos und Audios zum Thema Politik

Dossiers



Klimawandel

Klima-Marathon-Blog



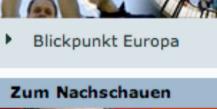
Familie heute

Integration in NRW



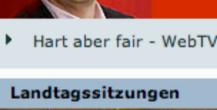
Blickpunkt Europa

Zum Nachschauen



Hart aber fair - WebTV

Landtagssitzungen



Livestream und Archiv seit 2005